

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

22 Jahre Deutsche Einheit - Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West erfordert entschlossenes Handeln

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern verdienen für ihre Lebensleistung sowohl vor als auch nach der Wiedervereinigung Respekt und gesellschaftliche Anerkennung. Die vor und nach 1990 gemachten Erfahrungen müssen stärker berücksichtigt werden, um aktuelle Probleme meistern zu können.
2. Trotz eines leichten Anstiegs der Wirtschaftskraft ist Mecklenburg-Vorpommern von einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung weit entfernt. Die neuen Bundesländer und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern bleiben weiterhin hinter der durchschnittlichen Wirtschaftsleistung des Bundes zurück. Dabei hat sich der Aufholprozess im Land im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern verlangsamt. Das Land ist und bleibt auf absehbare Zeit auf Transferleistungen angewiesen.
3. Auch bei den Einkommen ist eine Ost-West-Angleichung noch nicht festzustellen. Nirgendwo in Deutschland erhalten die Menschen weniger Einkommen und Rente als in Mecklenburg-Vorpommern.
4. Mecklenburg-Vorpommern hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Deutschland, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt. Immer mehr Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt und dadurch auf staatliche Leistungen angewiesen.

5. Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West nach Artikel 72 des Grundgesetzes müssen mehr Anstrengungen unternommen werden. Dazu zählen insbesondere eine innovative Wirtschaftspolitik, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Initiativen auf Bundesebene zur Angleichung der Ost- an die Westrenten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bis zum 30. Juni 2013 ein Regierungsprogramm vorzulegen, wie der Aufholprozess beschleunigt werden kann. Insbesondere soll das Programm Auskunft darüber geben, wie die Wirtschaftsleistung Mecklenburg-Vorpommerns an den Bundesdurchschnitt herangeführt werden kann und welche innovativen und investiven Maßnahmen für die Bewältigung sozial-ökologischer Herausforderungen erforderlich sind.
2. unverzüglich Initiativen auf Bundesebene zu ergreifen, um die mehrfachen Benachteiligungen ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner zu beenden.
3. sich entschieden für einen einheitlichen und flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland in Höhe von 10 Euro pro Stunde einzusetzen sowie darauf hinzuwirken, dass die Tarifbindung der Unternehmen wieder zunimmt und bei Tarifabschlüssen, die über den Mindestlohn hinausgehen, keine Trennung nach Ost und West vorgenommen wird.

Helmut Holter und Fraktion